

**Rede
der Fraktionssprecherin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung**

Petra Emmerich-Kopatsch, MdL

zu TOP Nr. 13

Abschließende Beratung

Grundstoffindustrie vor wettbewerbsverzerrenden politischen Auflagen schützen, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und einen freien und fairen Welthandel in den Mittelpunkt stellen!

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP – Drs. 17/5281
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr – Drs. 17/6650

während der Plenarsitzung vom 26.10.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

vieles ist gesagt worden und in der Sache sind wir uns in vielen Punkten einig. Die Industrie, und damit meine ich nicht nur die Grundstoffindustrie, ist für uns ein sehr wesentlicher Eckpfeiler der gesamten Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik und Niedersachsens.

Wir vertreten dieses Engagement mit Nachdruck und auf allen Ebenen. Uns ist bewusst, dass es genau die Industrie war, die uns vor schweren Schäden während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 bewahrt hat, und dass genau in der Industrie die Arbeitsplätze sind, von denen wir gern noch mehr hätten.- Sicher, gut bezahlt und tarifgebunden.

Die Industrie hier vor Ort zu halten und nach Möglichkeit auszubauen, ist ein großer Wunsch, gerade, wenn man sieht, wie schwer sich Europa mit der Reinindustrialisierung tut.

Eigentlich ist, seitdem die Kommission das Ziel von 20 Prozent Industrieanteil am BIP ausgerufen hat sehr, sehr wenig passiert. Und es ist auch schwer.

Denn wer einmal seine Anlagen in anderen Ländern aufgebaut hat, der kommt in der Regel nicht zurück.

Daher ist es umso wichtiger, den Bestand zu halten und zu unterstützen. Und genau das tun wir!

Wir sind nahe bei den Menschen, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und wir haben hier aus dem Niedersächsischen Landtag heraus ein Signal nach Berlin und Brüssel gesendet, das nicht überhört worden ist. Wir haben alle gemeinsam mit den Belegschaften und der Arbeitgeberseite, unterstützt von der Landes- und Bundesregierung, mit unserem Appell für die heimische Stahlindustrie eine Menge von dem erreicht, was in diesem Antrag gefordert wird. Brüssel hat eingelenkt und Strafzölle gegen chinesischen Stahl verhängt. Es war spät, fast zu spät, aber der geballte Widerstand auch aus Niedersachsen hat sich tatsächlich gelohnt.

Die Stahlindustrie hat sich wieder stabilisiert, seit China seine Überproduktion nicht mehr hochsubventioniert auf unseren Märkten unterbringen kann.

Wir sind gemeinsam mit den Belegschaften sehr glücklich darüber, dass jetzt wieder reguläre Marktwirtschaft zu fairen Preisen für Stahl und Stahlerzeugnisse vorherrscht. Soweit darf es nie wieder kommen. Dass je Tonne Stahl 100 Euro weniger bezahlt werden müssen, als dessen Herstellung gekostet hat. Diese Botschaft ist in China angekommen, und auch die Kommission hat verstanden, dass marktwirtschaftliche Mechanismen auch an Fairness gekoppelt sein müssen.

Unser Antrag zum Erhalt der Stahlindustrie vor Ort ist teilentzsch mit Ihrem Antrag. Und sowohl der Ministerpräsident wie der Wirtschafts- und der Umweltminister kämpfen an allen Fronten für gute Rahmenbedingungen im Land, damit es eben nicht zur schleichenden Deindustrialisierung kommt.

Wir stehen zu unserer gesamten Wirtschaft, auch für Handwerk, Handel, Mittelstand, Dienstleistung und eben auch für die Industrie, damit es weiter aufwärts geht in diesem Land, und der Erfolg gibt uns Recht.

Die Rahmendaten sind seit der Regierungsübernahme gut und die Steuereinnahmen lassen es zu, dass auch Innovationen unterstützt werden können. Wir wollen den weiteren Fortschritt, um die Wirtschaft in unserem Land zukunftsfähig auszubauen und aufzustellen. Dass sie dabei starke und verlässliche Partner hat, ist in der Wirtschaft und bei den Belegschaften bekannt. Das Vertrauen, das dieser Landesregierung und dieser Koalition geschenkt wird, ist groß, und wir wollen es auch in Zukunft rechtfertigen.

Dazu braucht es den erneuten Antrag nicht, in dem viele Punkte bereits durch Regierungshandeln abgeschlossen sind.

Der Antrag ist somit erledigt und kann bedenkenlos abgelehnt werden.

Wir sind diejenigen, die für gute Arbeit jederzeit eintreten und für gute Rahmenbedingungen sorgen. Wir entscheiden nicht über die Köpfe hinweg, sondern suchen nach dem besten Weg. Dem Besten für alle Beteiligten. Und natürlich dem Besten für die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer.

Allerdings sind wir auch weiterhin an einem breiten Konsens in diesem Landtag interessiert, damit Niedersachsen weiter wachsen kann und Arbeit und besonders gute Arbeit in Niedersachsen zu Hause ist.